

Next Generation EU

Um die krisengebeutelte Wirtschaft wieder anzukurbeln, entschieden sich die Mitgliedstaaten für die gemeinsame Aufnahme von Schulden. Dies sollte günstigere Kredite durch niedrigere Zinsen ermöglichen, da die Europäische Union über eine höhere Bonität als manche Mitgliedstaaten verfügt.

Die Finanzierung soll durch Kredite, Zuschüsse und neue Eigenmittelquellen wie eine Steuer auf nicht-recycelte Kunststoffe erfolgen. Weitere mögliche Eigenmittelquellen könnten beispielsweise durch eine Erhöhung der Mautgebühren, eine Kerosinsteuer geschaffen werden. Voraussetzung für die Aufnahme von Mitteln war die Zustimmung aller Mitgliedstaaten zum Eigenmittelbeschluss.

Bereits bei den Verhandlungen im Vorfeld wurde viel Kritik im Hinblick auf die Finanzierung und Verteilung laut, da sich manche Staaten ungerecht behandelt fühlten („Sparsame Vier“). Während manche Mitgliedstaaten primär Nettozahler darstellen, finden sich andere in der Rolle der Nettoempfänger wieder. Widerstrebte den sparsamen Vier, die allesamt sehr wohlhabende Mitgliedstaaten darstellen und deutlich weniger Geld erhalten werden als einige Ost- und Südosteuropäische Staaten. Dies liegt vor allem daran, dass die Zuschüsse anhand Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten bemessen werden. Manche Staaten werden sogar bei der Verteilung leer ausgehen; dies betrifft beispielsweise Luxemburg.

Da das Aufrechterhalten des innereuropäischen Friedens und das Wohlergehen der EU-BürgerInnen in Wechselwirkung miteinander stehen, ist es fast unumgänglich, an einem Strang zu ziehen, um dies auch weiterhin garantieren zu können. Bereits bestehende Spannungen zwischen Mitgliedstaaten würden durch die Uneinigkeiten bzw. die Zurückhaltung anderer Mitgliedstaaten nur noch weiter angeheizt werden. Hinzu kommt die Wirtschafts- und Währungsunion, die stark unter der Benachteiligung ihrer Hauptakteure leiden würde.

Deutschland, Österreich und die Niederlande fürchteten bis zuletzt, durch dieses Programm in eine „Schuldenunion“ zu rutschen. Jedoch kann dies nicht passieren, da es sich hierbei nur um ein rechtlich temporäres Instrument handelt. Einer erneuten Schuldenaufnahme bedarf es wieder der Zustimmung aller Mitgliedsstaaten. Staaten wie Polen und Ungarn dürften aus politisch strategischen Gründen die Ratifizierung so lange hinausgezögert haben. Kleinere Staaten befürchten zudem auch einen Machtüberhang durch Deutschland und Frankreich. Hierbei besteht die Angst in eine politische Integration hineinzurutschen. Durch einen Dialog steht die Absicht im Raum, die Wünsche kleinerer Mitgliedsstaaten miteinzubeziehen.